

# Politiker fordern Beruhigung an der L 125

Dollerner Straße: Gemeinderat von Guderhandviertel verlangt Ortstermin mit Vertretern der Behörden

**Von Catharina Meybohm**

**GUDERHANDVIERTEL.** Die Forderungen nach einer Entschärfung der Verkehrssituation an der Dollerner Straße (L 125) in Guderhandviertel werden lauter: Jetzt verlangt der Gemeinderat einen Termin mit Behördenvertretern, Polizei und Anwohnern, um vor Ort auf die Gefahren hinzuweisen.

Wie berichtet, haben sich betroffene Anwohner und auch die Politik bereits mehrfach dafür eingesetzt, dass von den zuständigen Behörden verkehrsberuhigende Maßnahmen umgesetzt werden – mit mäßigem Erfolg. Laut FDP-Ratsherr Martin Hollmichel

sei in der Debatte „an vielen Ecken und Enden etwas passiert“, die Ergebnisse seien jedoch nicht transparent. Zum Teil hätte es unter den Beteiligten auch unterschiedliche Aussagen gegeben. Daher sollen die Vertreter der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sowie der zuständigen Polizeiinspektion sich nun vor Ort mit Anwohnern und Mitgliedern des Gemeinderats treffen. Dabei soll der Landkreis erneut aufgefordert werden, die Verkehrssituation zwischen der Lühebrücke und dem Ortseingang zu entschärfen.

„Wir möchten den Behörden nicht vorwegnehmen, welche Maßnahmen sinnvoll sind, aber sie sollen uns vor Ort ihre Entscheidungen transparent darlegen“, so Hollmichel. Außerdem werden mit dem Ratsbeschluss die Daten des Geschwindigkeits-Displays am Ortseingang künftig von der Verwaltung regelmäßig ausgelesen und den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Hollmichel: „Damit haben wir dann eine gesunde Datenbasis als Diskussionsgrundlage.“

Die Diskussion über die Verkehrssituation an der Dollerner Straße lockte viele betroffene Anwohner in die Ratssitzung. In der

Einwohnerfragestunde berichteten sie von riskanten Überholmanövern und deutlichen Tempoüberschreitungen, die sich tagtäglich auf der Strecke abspielen.

Die Anwohner Hartmut Fuchs und Waltraud Twardy berichteten von ihrer Korrespondenz mit dem Straßenverkehrsamt des Landkreises. Ihre Vorschläge für verschiedene Maßnahmen seien von der Behörde allesamt abgelehnt worden. Laut Fuchs habe man dort die Straßenverkehrsordnung sehr streng ausgelegt, es gebe darin jedoch durchaus „Spielraum für bauliche Maßnahmen“, die ein angemessenes Fahrverhalten unterstützen.